



Medienmitteilung

Zürich, 8. Dezember 2022

GPK leitet Untersuchung zum Umgang der JI mit dem Datenmissbrauchsvorfall ein

Die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates (GPK) hat beschlossen, den Umgang der Direktion der Justiz und des Innern (JI) und allfälliger weiterer kantonalen Stellen mit dem öffentlich bekannt gewordenen Datenmissbrauchsvorfall zu untersuchen. An ihrer heutigen Sitzung hat die GPK dazu die Vorsteherin der JI, Regierungsrätin Jacqueline Fehr, angehört.

Seit Anfang Dezember 2022 berichten verschiedene Medien über einen Datenmissbrauchsvorfall, der sich in der JI zwischen 2006 und 2012/2014 ereignet hatte und der mit einer im Kantonsrat eingereichten Anfrage ([KR-Nr. 456/2022](#)) öffentlich wurde. Die Vorsteherin der JI informierte die GPK Anfang März 2021 über eine laufende Administrativuntersuchung im Zusammenhang mit einem bei der Staatsanwaltschaft hängigen Verfahren betreffend Verdacht auf einen Datenmissbrauch. Vom Ausmass des Vorfalls sowie vom Abschluss der Administrativuntersuchung und deren Ergebnissen hatte die GPK bis vor kurzem keine Kenntnis.

Die GPK hat an ihrer heutigen Sitzung die Vorsteherin der JI zum Datenmissbrauchsvorfall und zum Vorgehen der JI im Zusammenhang mit diesem Vorfall befragt. Im Vordergrund der Befragung standen die im Auftrag der Direktion durchgeführte Administrativuntersuchung zum Datenmissbrauchsvorfall sowie das Vorgehen der Direktion, nachdem der Vorfall laut JI im November 2020 bekannt geworden war. Die GPK hat der Vorsteherin der JI mitgeteilt, dass die Kommission angesichts der in der Untersuchung erkannten Missstände proaktiv über die Ergebnisse hätte informiert werden müssen.

Die GPK hat beschlossen, eine Untersuchung zum Umgang der JI mit dem Datensicherheitsvorfall einzuleiten. In diesem Zusammenhang ist auch zu überprüfen, ob und wie die Empfehlungen der Administrativuntersuchung umgesetzt wurden und ob der Umgang mit Daten und Informationen in der JI heute den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Die GPK hat beschlossen, eine Subkommission einzusetzen, und wird die Ziele und das Vorgehen der Untersuchung nun genau festlegen.

Kontakt:

Kommissionspräsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35